

7. Juni 2009: Wahlen zum
Europäischen Parlament

**DIE LINKE
(Liste 4)**

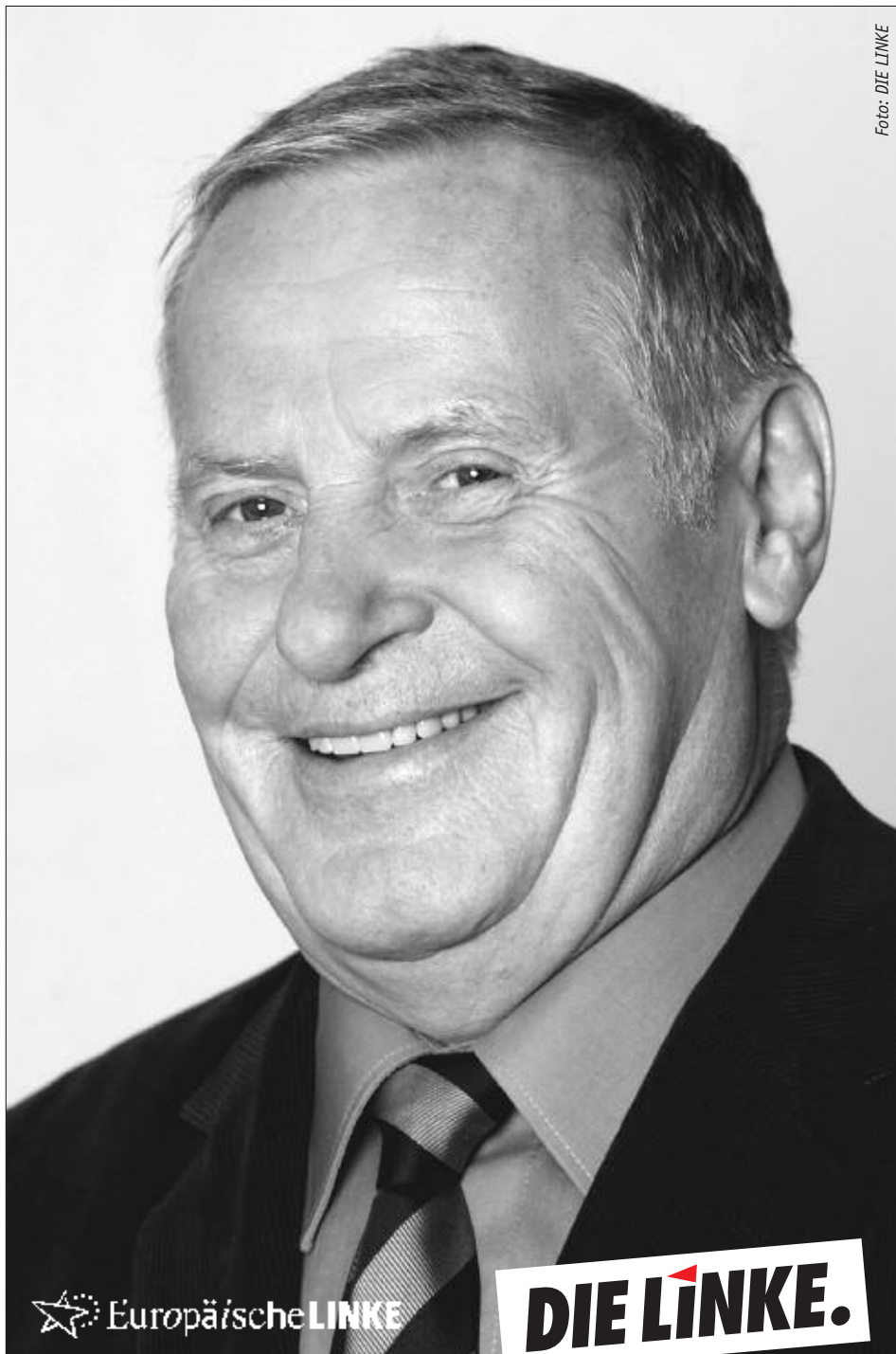


Foto: DIE LINKE

Europäische LINKE

DIE LINKE.

Lothar Bisky

www.hier-und-in.europa.de

Links wählen!

Von Michael Stadler, Wahlkampfleiter
der LINKEN in Lichtenberg

Was geht mich die Europäische Union an? Was da in Brüssel entschieden wird, hat doch sowieso nichts mit mir zu tun. Ein riesiger bürokratischer Apparat, der Richtlinien zum Krümmungsgrad der Gurke verabschiedet! Warum also zur Europawahl gehen? Und warum soll ich dann auch noch DIE LINKE wählen?

Die EU und der Krümmungsgrad der Gurke – diese Verbindung ist eines der hartnäckigen Klischees, das sich von Generation zu Generation vererbt. Und das, obwohl die entsprechende Verordnung schon seit geraumer Zeit „kassiert“ wurde.

Aber das EU-Europa ist vielschichtiger. Es ist widersprüchlicher und greift in fast alle Bereiche unseres Lebens ein. Europa ist nicht nur der Vertrag von Lissabon, den kaum ein Politiker gelesen hat, und den DIE LINKE aus gutem Grund ablehnt. Europa ist auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Europaregion an der deutsch-polnischen Grenze. Die EU finanziert das größte Schulneubauprogramm in Sachsen-Anhalt, und in Lichtenberg wurde nicht nur die Max-Taut-Aula im Wesentlichen mit EU-Mitteln saniert.

Wer mitentscheiden möchte, wohin sich Europa entwickelt, muss wählen gehen. Wer eine demokratische und friedensstiftende EU – also eine andere EU-Politik – haben will, der muss DIE LINKE wählen. Wir vertreten auch in Europa die Interessen der Arbeitnehmer. Und die der Rentner. Die der Erwerbslosen und anderer Menschen, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen. Aber auch die der kleinen und mittleren Unternehmer. Und nicht zu vergessen: vor allem die der Kinder und Jugendlichen.

Je stärker uns die Wähler machen, desto besser sind die Voraussetzungen, das Europa der EU friedlicher und sozialer zu gestalten. Je stärker DIE LINKE wird, desto mehr verändert das die Gesellschaft – auch in Europa. Und nicht zu vergessen: Die Ergebnisse der Europawahl werden nicht unwesentlich darüber entscheiden, wie DIE LINKE in den Bundestagswahlkampf geht.

Lichtenberg und die Europäische Union

Von Bezirksstadtrat Dr. Andreas Prüfer (DIE LINKE)

Was hat Lichtenberg von der Europäischen Union? Das wird vor allem für jedermann augenscheinlich bei der Nutzung von Fördermitteln, die die Europäische Union vergibt. „Geschaffen mit Mitteln der Europäischen Union“ steht und stand an so mancher Informationstafel zum Bau- und Sanierungsgeschehen in unserem Bezirk. Ob Interkultureller Garten oder Europäischer Radwanderweg, der durch unseren Bezirk führt: Durch die europäische Förderung konnte und wird noch vieles im Bezirk entstehen.

EU-Mittel, die in Projekte unseres Stadtbezirkes flossen, verbesserten nicht nur deren finanzielle Grundlage, sondern machten zugleich deutlich, dass Lichtenberg international Förderwertes aufzuweisen hat. Der Bezirk hat aber über europäische Förderung nicht nur materiell investiert. Seine Repräsentanten haben darüber hinaus auf internationalen Konferenzen in Berlin und in unseren Partnerstädten Erfahrungen ausgetauscht und so die europäische Integration gelebt.

Bei aller Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der EU dürfen wir nicht übersehen, dass die europäische Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung aus verschiedensten Programmen dem Bezirk half, den Strukturwandel zu bewältigen. Das „Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit“ als Zusammenschluss kommunaler Akteure zur Förderung von Projekten zur Schaffung von Arbeits- und

Ausbildungsplätzen sowie zur Wirtschaftsentwicklung ist Ausdruck einer EU-Strategie aus den 90er Jahren. Vieles ist uns LINKEN politisch ganz nah, weil es sich konkreten Problemen des Bezirkes zuwendet und Perspektiven eröffnet.

„Wirtschaftsdienliche Maßnahmen“ (Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung), das „Lokale Soziale Kapital“ oder das Programm „Partnerschaft – Entwicklung – Beschäftigung“ (Programme des Europäischen Sozialfonds) stehen dafür. Lokale Projekte für nachhaltige Entwicklung, die Beschäftigungsinitiativen und kleinen Unternehmen zu Gute kommen, stehen hier im Fokus. Ich habe diese Programme der EU hier einmal aufgezählt, weil sie kaum ein Bürger unseres Bezirkes kennt.

Was alles seit 2002 mit Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative „Urban II“ zur wirtschaftlichen und sozialen Belebung in Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg rund um das Ostkreuz geschaffen wurde, ist unübersehbar. Viele Millionen Euro wurden zur Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung sowie für die Stadterneuerung investiert. Das Motto „Barrieren überwinden“ hatte dabei nicht nur die durch Bahndämme und Straßen verursachten Abgrenzungen im Auge, sondern auch die zwischen den Menschen und die vor Arbeitsämtern und Behörden. Hier bleibt gewiss noch eine Menge zu tun.



Dr. Andreas Prüfer (rechts) auf der Wirtschaftskonferenz im Partnerkreis Hajnówka (Polen)

Von der Sanierung der Aula der Max-Taut-Schule, dem Bau des Nachbarschaftshauses „Orangerie“ bis hin zu verschiedenen Kunstprojekten – das Theater an der Parkaue spielte im Bahnhof Lichtenberg, am Bahnhof Nöldnerplatz siedelten sich Künstler an, hunderte Kinder pflanzten mit Architekten ihre Umwelt – überall steht die blaue EU-Fahne für die Unterstützung lokalen Engagements im Kiez und für die eigene Zukunft. Nicht zuletzt haben solche Projekte auch das Bild Lichtenbergs neu geprägt.

All das muss uns für die europäische Integration streiten lassen. Die mag widersprüchlich sein – ihre Gestaltung braucht deshalb unseren Widerspruch, wo sie allein Kapitalinteressen und militärischer Stärke dient.

Europäische Integration birgt aber auch viele Chancen, damit Menschen in Europa einander kennenlernen und gemeinsame Wege zur Überwindung ihrer Probleme finden. Lust auf Europa heißt für uns vor allem Lust auf die Europäer, ihre Kultur, ihre Sprachen, ihre Erfahrungen, ihre Kompetenz – auf dass wir uns nicht für den Nabel der Welt halten.

Deshalb und um vor allem die Potenziale der EU zu stärken braucht es eine starke LINKE im Parlament von Strasbourg. Die Veränderung der Europäischen Union ist ein linkes Projekt!

Die Aula der Max-Taut-Schule in der Fischerstraße – mit EU-Mitteln saniert



Foto: Jörg Rückmann

„Im Europäischen Parlament erleben die Europaabgeordneten der LINKEN hautnah, dass die Europäische Union eine entscheidende politische Handlungsebene ist, auf der DIE LINKE mit alternativen Vorschlägen zur Gestaltung Europas gefragt ist.“
(aus: „DIE LINKE im Europaparlament“, Seite 159)

Am 7. Juni DIE LINKE wählen

Von Dr. Gesine Lötzsch, MdB

Als im Februar DIE LINKE in Essen ihr Wahlprogramm beschloss, berichtete Parteivorsitzender und Spitzenkandidat Lothar Bisky von einer aktuellen Untersuchung. Aus ihr ging hervor: Fast 70 Prozent der Befragten wussten nicht, dass am 7. Juni die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Ob sich das inzwischen geändert hat?

Die Berliner Straßen sind voller Plakate mit Losungen und Gesichtern von mehr oder weniger bekannten Politikern. DIE LINKE wirbt mit Ideen für Europa, für die wir auch in Deutschland tagtäglich streiten: Mindestlöhne europaweit. In den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir orientieren uns an unserem Nachbarland Frankreich. Dort wird selbst unter dem konservativen Präsidenten Sarkozy regelmäßig der gesetzliche Mindestlohn erhöht. Aktuell liegt er bei 8,71 Euro pro Stunde. Warum soll dies in Deutschland nicht möglich sein?

Haifischfutter würde SPD wählen

Die SPD tut sich im Wahlkampf durch „dirty campaigning“ (schmutzigen Wahlkampf) hervor. Dumpinglöhne ordnet sie der CDU zu. Das ist ja richtig, aber warum hat die SPD dann gemeinsam mit der CDU gegen die Stimmen von LINKEN und Grünen im Bundestag gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in der Bundesrepublik gestimmt? Ist sie so abhängig von der CDU?

Finanzhaie ordnet die SPD der FDP zu. Auch das ist richtig. Aber als in Deutschland im Jahre 2004 die Hedgefonds zugelassen wurden, war die FDP in der Opposition und der Fraktionsvorsitzende der größten Regierungsfraktion hieß Müntefering! Jetzt will die SPD sogar eine Koalition mit der FDP eingehen. Ich habe die SPD im Bundestag gefragt, wie sie denn mit dieser Haifisch-FDP ihre Forderungen durchsetzen wolle und ihnen empfohlen zu plakatieren: Haifischfutter würde SPD wählen.

Europapolitik und Bundespolitik

Häufig klagen hochrangige Politiker: „Da können wir gar nichts machen; das hat Brüssel so entschieden“ oder „Das hat Brüssel uns verboten“. Das sind Nebelkerzen. Die Abgeordneten der LINKEN tragen dazu bei, diesen Nebel zu lichten. Bestes Beispiel für so eine



Mit 800 vor dem „Ring-Center“ verteilten Tomatenpflanzen der Sorte „Har(t)zfeuer“ machte Gesine Lötzsch das dritte Jahr in Folge auf die demütigenden Hartz-Gesetze aufmerksam.

Nebelkerze ist das sogenannte Drei-Prozent-Defizit-Kriterium. Wenn ein Staat dagegen verstößt – also mehr Schulden aufnimmt, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren – bekommt er einen blauen Brief aus Brüssel. Und wer hat sich das ausgedacht? Theo Waigel (CSU), ehemaliger Finanzminister. Er dachte wohl, nur andere Länder könnten Haushaltsprobleme bekommen, die Bundesrepublik nicht.

Wahlspot im Abendprogramm

Alle Parteien versuchen nicht nur mit Plakaten, Zeitungen und Handzetteln ihre potenziellen Wähler zu erreichen, sondern auch mit Fernseh-, Kino- und Radiospots. Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) hatte – anders als MDR, NDR und Hessischer Rundfunk – Probleme mit der Wahlwerbung der LINKEN. Der WDR fand den Spot jugendgefährdend. Dabei ist es eine ganz einfache Geschichte: Ein zukünftiger Vater berichtet im Bett der dazugehörigen künftigen Mutter, er habe gelesen, dass von der politischen Einstellung der Eltern das Geschlecht des Kindes abhängt – je linker die Eltern, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass es ein Mädchen wird. Die künftigen Eltern zählen die Werte auf: die Solidarität, die soziale Sicherheit, die Friedensbewegung. Diese Wünsche dürfen beim WDR erst im Abendprogramm gesendet werden.

Gewählt werden kann vorher: Per Briefwahl oder am 7. Juni bis 18 Uhr.

Neu verhandeln

„70 Prozent der Deutschen wollen, dass der EU-Vertrag neu verhandelt werden muss, um Abrüstung und sozialen Standards Vorrang einzuräumen. Das zeigt, dass die Positionen der LINKEN für ein soziales, friedliches, ökologisches und demokratisches Europa breite Unterstützung finden“, kommentierte der Spitzenkandidat der LINKEN für die Europawahl, Lothar Bisky, entsprechende Umfrageergebnisse von EMNID.

Der europapolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Diether Dehm stellt klar: „Die Bundesregierung macht ihre Europapolitik am Willen des Volkes vorbei. Sie muss den Lissabon-Vertrag aufschneiden und neu verhandeln.“

Diese Ergebnisse stehen in Einklang mit Umfragen anderer Institute, wonach nur 34 Prozent der Befragten die EU so belassen möchten, wie sie ist (Forsa). Lothar Bisky: „Die Bundesregierung muss diesen erheblichen Änderungsbedarf in der Bevölkerung zum Lissabon-Vertrag ernst nehmen. Wer Europa nach dem Motto Augen zu und durch regieren will, muss sich über das mangelnde Interesse an den Europawahlen nicht wundern.“



Hinweise zur Wahl

Bei der Europawahl 2009 werden in 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union Wahlen abgehalten. Rund 375 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger werden wahlberechtigt sein. Die Zahl der Abgeordneten aus Deutschland ist auf 99 festgelegt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Eine Untergliederung des Wahlgebiets in Wahlkreise erfolgt nicht.

Wahlvorschläge können in der Bundesrepublik Deutschland von Parteien und sonstigen mitgliedschaftlich organisierten, auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mit-

wirkung in Volksvertretungen ausgerichteten Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den Gebieten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (sogenannte sonstige politische Vereinigungen) eingereicht werden.

Listen können für einzelne Länder (Landeslisten) oder für alle Länder (Bundesliste) aufgestellt werden. Jeder Bewerber darf nur für einen Wahlvorschlagsträger, auf höchstens zwei Landeslisten oder auf einer Bundesliste und nur in einem Mitgliedstaat der EU kandidieren. Der Berliner Wahlzettel umfasst 31 Parteien.

DIE LINKE.

- **Dienstag, 2.6., 14 – 17.30 Uhr**
„Die lange Nacht zur Europawahl: EU – und nu?“; ZDF, Auftakt zur Sendung u. a. mit Gabi Zimmer
- **Mittwoch, 3. Juni, 9 – 10.30 Uhr**
„Jugendaktionstag: Europa? Wahl? Was geht mich das eigentlich an?“, u. a. mit Martina Michels und Michael Efler; Rotes Rathaus
- **Freitag, 5.6., 15 – 17 Uhr**
Großveranstaltung der LINKEN zur Europawahl, mit Lothar Bisky, Gregor Gysi, Martina Michels, anschließend Fest der LINKEN Berlin-Mitte, u. a. mit Helmut Scholz und Kadriye Karci; Alexanderplatz
- **Freitag, 12.6., 17 Uhr**
Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch, MdB; Ahrenshooper Straße 5
- **Wochenende 13./14.6.**
Fest der LINKEN; Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36
- **Wochenende, 20./21.6.**
Bundestagswahlparteitag der LINKEN; Max-Schmeling-Halle, Falkplatz 1
- **Montag, 29.6., 18.30 Uhr**
„Für Frieden, zivile Konfliktlösungen und Abrüstung“, Wählerforum mit Paul Schäfer, KULTSchule, Sewanstraße 43
- **Donnerstag, 9.7., 17 Uhr**
Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch, MdB; Ahrenshooper Straße 5

Stimmzettel
für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009
im Land Berlin

Sie haben 1 Stimme

Bitte hier ankreuzen

1	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands Liste für das Land Berlin 1. Joachim Zeller, Dipl.-Sprachmittler/Dezernatsleiter, Berlin 2. Roland Gewalt, MdB/Juristika, Berlin 3. Reinhold Bering, Lehrer/Schullehrer, Berlin 4. Dr. Tobias Künne, Physikstudienwissenschaftlicher Mitarbeiter, Berlin 5. Oliver Scholz, Elektrotechniker, Berlin 6. Hildegard Berner, Diplomistin, Berlin	<input type="radio"/>
2	GRÜNE BÜNDNIS DIE GRÜNEN Gemeinsame Liste für alle Länder 1. Rebecca Harms, MdB/Wedding (NI) 2. Reinhard Böllkötter, Politiker, Berlin (SE) 3. Hans-Joachim Lauth, MdB, Stuttgart (BW) 4. Sven Giegold, Antisemitismuswissenschaftler, Düsseldorf (NI) 5. Barbara Elisabeth Luchthofer, Politologin/Sozialökologin, Berlin (BE) 6. ... (rest of list)	<input type="radio"/>
3	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Gemeinsame Liste für alle Länder 1. Martin Schulz, Bundestagler/Würselen (NW) 2. ... (rest of list)	<input type="radio"/>
4	DIE LINKE DIE LINKE Gemeinsame Liste für alle Länder 1. Dr. Lotte Bisky, Dir. Kulturforschung/Schleier (SN) 2. Sabine Witte, Angestellte, Hamburg (HH) 3. Gabriele Zimmer, MdB/Nahetal-Waldau (TH) 4. Thomas Hündel, Gewerkschaftssekretär, Ffah (BY) 5. Dr. Cornelia Ernst, MdB., Dresden (SN) 6. ... (rest of list)	<input checked="" type="radio"/>
5	FDP Freie Demokratische Partei Gemeinsame Liste für alle Länder 1. Dr. Silvana Koch-Mehrin, Unternehmensberaterin, Garmisch (BA) 2. ... (rest of list)	<input type="radio"/>

Für Wahlberechtigte, die ihr Wahllokal am 7. Juni nicht aufsuchen können, gibt es die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe. In Lichtenberg hatten davon bis zum 19. Mai 3,95 Prozent der Wahlberechtigten Gebrauch gemacht.

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 5/09: 24.5.2009

Redaktionssitzungen für Ausgabe 6/09:

Mittwoch, 3.6. und 24.6., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 22.6.

Die nächste Ausgabe erscheint am 2.7.2009

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Antieuropäisch?

„Es gibt den Vorwurf, dass wir antieuropäisch seien ... Wir sind in jeder Hinsicht proeuropäisch. Ich beweise euch, dass die Bundesregierung antieuropäisch ist: Sie haben eine Verfassung erarbeitet. Dann haben sie die Verfassung vier Völkern zum Volksentscheid vorgelegt – Frankreich, Holland, Luxemburg, Irland. Eine Bevölkerung hat Ja gesagt, das war die in Luxemburg, und drei Bevölkerungen haben mehrheitlich Nein gesagt – Irland, Frankreich und Holland. Was war ihre Schlussfolgerung? Sie hätten ja sagen können, wir müssen die Verfassung neu erarbeiten. Wir brauchen die Zustimmung der Mehrheit sämtlicher Bevölkerungen der EU-Ratsmitglieder. Ihre Schlussfolgerung war genau die umgekehrte. Sie haben gesagt, wir taufen das um und lassen einen Abschnitt weg, und dann machen wir das nur in den Parlamenten ...“
Gregor Gysi, Parteitag der LINKEN in Essen